



KT/02/2021

Abschrift!

## Genehmigtes Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Kreistages  
am Freitag, dem 02.07.2021, 16:00 Uhr,  
in der Aula der Berufsbildenden Schulen  
Berliner Ring 45, 31582 Nienburg

---

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

Anwesend:

### Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Landrat Detlev Kohlmeier  
Frau KTA Heidrun Kuhlmann, 31628 Landesbergen  
Frau KTA Gerlinde Harms-Hentschel, 31592 Stolzenau  
Herr stellv. Landrat Maik Beermann, 31634 Steimbke  
Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup  
Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe  
Herr KTA Werner Dralle, 31547 Rehburg-Loccum  
Herr KTA Lucas Engelking, 31633 Leese  
Herr KTA Tim Hauschildt, 31582 Nienburg  
Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmsen  
Herr KTA Tim Höper, 31637 Rodewald  
Herr KTA Rüdiger Kaltofen, 31604 Raddestorf  
Herr KTA Lothar Kopp, 31595 Steyerberg  
Herr KTA Heinrich Kruse, 31592 Stolzenau  
Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen  
Herr KTA Stefan Meyer, 27333 Bücken  
Herr KTA Alfred Plate, 31618 Liebenau  
Herr KTA Wilhelm Schlemmermeyer, 31582 Nienburg  
Herr stellv. Landrat Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen  
Frau KTA Barbara Weißenborn, 31582 Nienburg  
Frau stellv. Landrätin Anja Altmann, 31582 Nienburg  
Herr KTA Andreas Cordes, 31622 Heemsen  
Frau KTA Insa Höltke, 31618 Liebenau  
Herr KTA Detlef Klabunde, 31582 Nienburg  
Herr KTA Klaus Niepel, 31618 Liebenau  
Herr KTA Horst Prüfer, 31582 Nienburg  
Frau KTA Uta Sievers, 31600 Uchte  
Frau KTA Heide Wirtz-Naujoks, 27318 Hoya

Herr KTA Dr. Burkhard Bauer, 31600 Uchte  
 Herr KTA Abdel-Karim Iraki, 31582 Nienburg  
 Frau KTA Rita Schnitzler, 31608 Marklohe  
 Herr KTA Thomas Köhler, 31638 Stöckse  
 Herr KTA Colm Ó Toráin, 31582 Nienburg  
 Herr KTA Johann Hustedt, 27318 Hilgermissen  
 Herr KTA Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg  
 Herr KTA Frank Podehl, 31582 Nienburg  
 Herr KTA Jörg Hille, 31608 Marklohe  
 Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg

Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Lutz Hoffmann,  
 Frau Kreisrätin Kathrin Woltert  
 Herr KVOR Torsten Rötschke,  
 Frau Petra Bauer, Gleichstellungsbeauftragte  
 Frau Christine Graubohm, Vorzimmer des Landrates

als Protokollführer

ZuhörerIn

1

Presse

Herr Stüben, Die Harke

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Bernd Heckmann  
 Frau KTA Viktoria Kretschmer  
 Herr KTA Gerd Linderkamp  
 Herr KTA Peter Schiemann  
 Herr KTA Lukas Schneider  
 Herr KTA Norbert Sommerfeld  
 Herr KTA Grant Hendrik Tonne  
 Frau KTA Annegret Trampe  
 Frau KTA Marja-Liisa Völlers

KT-Vors. Kuhlmann eröffnet um 16:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere den Vertreter der heimischen Presse sowie die Zuschauerin und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Landrat Kohlmeier die Tagesordnung um folgenden Beratungspunkt zu erweitern:

**Überplanmäßige Aufwendungen im Bereich Impfzentrum**

Der Kreistag erklärt sich hiermit einverstanden.

KT-Vors. Kuhlmann stellt sodann die nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 26.03.2021
- TOP 2: Annahme einer Zuwendung durch den Kreistag **2021/064**
- TOP 3: Rücklagenbildung beim BgA Volkshochschule **2021/072**
- TOP 4: Einrichtung einer Projektstelle AZAV **2021/006/1**
- TOP 5: Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für die Errichtung eines Aufzuges an der St. Laurentius Schule Liebenau **2021/032**
- TOP 6: Antrag der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Ortsverband Rehburg-Loccum auf Gewährung einer Investitionsbeihilfe für die Beschaffung eines neuen Gerätewagen Wasserrettung für den Wasserrettungszug im Zivil- und Katastrophenschutz Einsatz **2021/076**
- TOP 7: Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE im Kreistag Nienburg/Weser; hier: Bildung eines Jugendparlaments **2021/093**
- TOP 8: Überplanmäßige Aufwendungen im Bereich Impfzentrum **2021/102**
- TOP 9: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 9.1: Mitteilungen/Anfragen; hier: Mittel für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

TOP 10: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Die Vorsitzende

Protokollführer

Der Landrat

gez. Kuhlmann

gez. Röttschke

gez. Kohlmeier

Kreistagsvorsitzende

Kreisverwaltungsoberrat

Kohlmeier



## **Protokoll zu TOP 1**

---

02.07.2021

### **Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 26.03.2021**

#### Beschluss:

Der Kreistag genehmigt das Protokoll aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 26.03.2021.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

#### Beratungsgang:

ohne



## **Annahme einer Zuwendung durch den Kreistag**

### Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Annahme der Zuwendung von Frau Brandt wird zugestimmt.

### Beratungsergebnis:

Einstimmig

### Beratungsgang:

ohne



**2021/072**

02.07.2021

## **Rücklagenbildung beim BgA Volkshochschule**

### Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Das Jahresergebnis 2020 des Produktbereiches Volkshochschule wird zur zukünftigen Verlustabdeckung und Finanzierung von Investitionen für die Volkshochschule in die Rücklage des Betriebes gewerblicher Art (BgA) Volkshochschule eingestellt.

### Beratungsergebnis:

Einstimmig

### Beratungsgang:

ohne



**2021/006/1**

02.07.2021

## **Einrichtung einer Projektstelle AZAV**

### Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Einrichtung einer auf 2 Jahre befristeten Projektstelle (Teilzeit 50 %) der Entgeltgruppe 11 TvöD in der VHS zur Durchführung von Maßnahmen der beruflichen Eingliederung/beruflichen Weiterbildung nach AZAV wird beschlossen.

Die Projektstelle soll zum Herbst 2021 eingerichtet werden. Die Verwaltung wird hierzu ermächtigt, die Stelle über den Stellenplan hinaus befristet zu besetzen. Die Stelle wird im Stellenplan 2022 aufgenommen.

### Beratungsergebnis:

Einstimmig

### Beratungsgang:

ohne





**Protokoll zu TOP 5**

---

**2021/032**

02.07.2021

**Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für die Errichtung eines Aufzuges an der St. Laurentius Schule Liebenau**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Samtgemeinde Liebenau wird für die Errichtung eines Aufzuges an der St. Laurentius Schule Liebenau eine Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse gem. § 117 NSchG in Höhe von höchstens 25.690 € gewährt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



## Protokoll zu TOP 6

---

**2021/076**

02.07.2021

### **Antrag der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Ortsverband Rehburg-Loccum auf Gewährung einer Investitionsbeihilfe für die Beschaffung eines neuen Gerätewagen Wasserrettung für den Wasserrettungszug im Zivil- und Katastrophenschutz**

#### Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Ortsverband Rehburg-Loccum wird für die Beschaffung eines Gerätewagen Wasserrettung eine Investitionsbeihilfe in Höhe von 50% auf den offenen Restbetrag nach Zuweisung der bewilligten Landesmittel höchstens jedoch 11.250 € gewährt.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig

#### Beratungsgang:

KTA Schleiermeyer betont, es sei positiv zu werten, dass die DLRG erstmals auch ein Neufahrzeug erhalte. Der Ortsverband sei in das MANV-Konzept und in die Wasserrettung des Landkreises eingebunden, äußerst engagiert und habe sich in der Pandemie sowohl beim Betrieb des Impfzentrums als auch beim Testzentrum in Rehburg hervorragend eingebracht.

KTA Ó-Toráin ergänzt, die DLRG erbringe einen unschätzbaren Beitrag im Rahmen der Schwimmausbildung.



## Protokoll zu TOP 7

---

**2021/093**

02.07.2021

### **Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE im Kreistag Nienburg/Weser; hier: Bildung eines Jugendparlaments**

#### Beschluss:

Das Gremium beschließt geändert.

Der Kreistag wünscht sich eine vertiefende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Beratungen zu den Themen und Aufgaben des Landkreises Nienburg/Weser und strebt an, dafür geeignete Formen und Strukturen zu entwickeln.

Er beauftragt den Jugendhilfeausschuss zu prüfen, welche Instrumente und Formen der Beteiligung auf der Landkreisebene dafür geeignet sein könnten und diese aufzuzeigen. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, zum Einstieg in diese Prüfung die vorhandenen Strukturen, bestehende Aktivitäten sowie die dazu im FB Jugend vorhandenen Erkenntnisse darzustellen.

Die Prüfung und die Beratung von Beteiligungsmöglichkeiten wird unter Einbindung von Kindern und Jugendlichen aus den bestehenden Strukturen - wie beispielsweise dem Kreisjugendring, den politischen Jugendorganisationen, dem Jugendparlament der Kreisjugendfeuerwehr, den Schüler:innenvertretungen, der Initiative Fridays for Future u.a.m. – organisiert.

Das Ergebnis ist dem Kreistag zur Beratung und Entscheidung über die Umsetzung wieder vorzulegen.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig

#### Beratungsgang:

KTA Schnitzler erläutert den vorliegenden Antrag der Gruppe. Es gehe im Kern darum, Jugendliche mit Interesse an ihrem Umfeld ernst zu nehmen und sie einzubinden. Dies führe Jugendliche an die Kommunalpolitik heran und stärke die Demokratie. Sie wünsche sich eine mutige Entscheidung und eine konstruktive Begleitung des Themas.

Landrat Kohlmeier betont, er habe in der vorgelagerten Diskussion wahrgenommen, dass fraktionsübergreifend mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen begrüßt werde. Der beantragte Beschluss stelle für ihn jedoch nicht den richtigen Weg dar. Das NKomVG stelle in § 36 bewusst auf eine Beteiligung auf Gemeinde- bzw. Samtgemeindeebene ab. Wie dies auf Kreisebene funktionieren könne, müsse gut durchdacht werden. Die Einrichtung eines Jugendparlaments zu beschließen, ohne sich damit auseinandersetzen, was es bereits gebe, halte er für falsch. Er spreche sich dafür aus, die Jugendlichen schon bei der Erarbeitung des Konzeptes zu beteiligen, und stelle daher den Änderungsantrag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag wünscht sich eine vertiefende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Beratungen zu den Themen und Aufgaben des Landkreises Nienburg/Weser und strebt an, dafür geeignete Formen und Strukturen zu entwickeln.

Er beauftragt den Jugendhilfeausschuss zu prüfen, welche Instrumente und Formen der Beteiligung auf der Landkreisebene dafür geeignet sein könnten und diese aufzuzeigen. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, zum Einstieg in diese Prüfung die vorhandenen Strukturen, bestehende Aktivitäten sowie die dazu im FB Jugend vorhandenen Erkenntnisse darzustellen.

Die Prüfung und die Beratung von Beteiligungsmöglichkeiten wird unter Einbindung von Kindern und Jugendlichen aus den bestehenden Strukturen - wie beispielsweise dem Kreisjugendring, dem Jugendparlament der Kreisjugendfeuerwehr, den Schüler:innenvertretungen, der Initiative Fridays for Future u.a.m. – organisiert.

Das Ergebnis ist dem Kreistag zur Beratung und Entscheidung über die Umsetzung wieder vorzulegen.“

KTA Heineking führt aus, er sei dankbar, dass der Landrat den Änderungsantrag formuliert habe. Es sei richtig, sich jetzt auf den Weg zumachen, und Jugendliche an Politik heranzuführen. Er regte an, bei den etablierten Strukturen im Beschlussvorschlag auch die tätigen politischen Jugendorganisationen zu ergänzen, und diese im weiteren Prozess zu berücksichtigen.

KTA Hille kritisiert, der eigentliche Grund für den Antrag der Grünen seien die anstehenden Wahlen. Der Gesetzgeber habe sich bei der Formulierung des § 36 NKomVG etwas gedacht. Dieser beziehe sich ausdrücklich nicht auf die Landkreise. Nach seiner Kenntnis halte der Kreisjugendring die Idee für „interessant“. Dieser sei aber kritisch, ob ein Jugendparlament funktionieren könne. Ihm stelle sich die Frage, warum die Fraktion nicht auf Ebene der Samtgemeinden, z. B. in Marklohe, einen entsprechenden Antrag eingebracht habe. Der Antrag sei für ihn populistisch.

KTA Sievers begrüßt grundsätzlich die Idee eines Jugendparlaments. Allerdings müsse vorher geklärt werden, was denn überhaupt Ziel sein solle, wenn dieses eingerichtet werde. Es sei richtig und wichtig, möglichst viele Jugendliche an politische Mitwirkung heranzuführen und ihnen Mitsprache zu ermöglichen. Die Jugendlichen müssten dabei aber auch gut begleitet werden, wenn dies auf Dauer gut funktionieren solle. Jugendliche würden sich oft auch projektbezogen einbringen wollen.

KTA Iraki weist vehement den Vorwurf zurück, der Antrag sei populistisch. Dies würde regelmäßig vorgehalten, wenn seine Fraktion einen Antrag einbringen würde. Tatsächlich sei der Antrag absolut sachgerecht und sinnvoll. Er sei dem Landrat für die Formulierung dankbar, weil sie auf das gewünschte Ziel eingehe.

KTA Harms-Hentschel ergänzt, es würde nicht der Antrag allein ihrer Fraktion, sondern der der Gruppe behandelt. Alle hätten das Interesse, dass Jugendliche sich mit ihrem Wissen und ihren Meinungen einbringen würden. Die Idee sei hervorragend. Jetzt dürfe in der Diskussion nicht das Ziel aus den Augen verloren werden.

KTA Leseberg bestätigt, alle Parteien seien dafür, dass Jugendliche mitwirken würden. Auf Ebene der Gemeinde und Samtgemeinden ließe sich dies gut umsetzen. Dort solle aus seiner Sicht auch begonnen werden. Die Gruppe müsse sich vorhalten lassen, dass der Zeitpunkt für ihren Antrag hätte besser gewählt sein können.

KTA Köhler betont, seine Fraktion trage den Grundgedanken eines Jugendparlaments mit. Er rege an, das Thema an den nächsten Kreistag zu verweisen, da die Verwaltung aktuell pandemiebedingt noch „eng am Limit“ arbeite.

KTA Werner führt aus, in der Stadt Nienburg sei ein Jugendbeirat geschaffen worden. Dort falle es sehr schwer, Jugendliche zu motivieren und „bei der Stange“ zu halten. Top-Down würde dies nicht funktionieren. Auch er sehe das Thema eher in der neuen Wahlperiode.

KTA Altmann erklärt, die Gruppe habe etwas Gutes gewollt. Die Kritik der FDP-Kreistagsfraktion sei in dieser Schärfe nicht angemessen. Der erste Satz des ursprünglichen Antrags sei unglücklich und zu weitgehend. Außerdem sei es richtig, die Jugendlichen von Anfang an mitzunehmen. Aus ihrer Sicht sei der Änderungsantrag des Landrates daher das, was die Gruppe eigentlich auch wolle. Dieser werde von ihrer Fraktion mitgetragen. Sie schlage daher vor, hierüber abzustimmen.

KTA Höltke begrüßt, dass die Gruppe den Antrag gestellt und damit die Diskussion eröffnet habe. Der Änderungsantrag mache umfangreich deutlich, wie es gehen könnte.

KTA Schnitzler betont, ihrer Gruppe ginge es darum, dass man sich gemeinsam auf den Weg mache. Wichtig sei es, ein Signal an die Jugendlichen zu senden und sich nicht in Diskussionen zu verheddern. Sollte sich der Änderungsantrag des Landrates durchsetzen, werde die Gruppe ihren Antrag daher zurückziehen.

Landrat Kohlmeier formuliert erneut seinen Änderungsantrag und bittet, diesen im dritten Absatz nach dem Wort „Kreisjugendring,“ um die Wörter „den politischen Jugendorganisationen,“ zu ergänzen.

*Der Kreistag beschließt einstimmig den vom Landrat formulierten Änderungsantrag.*

KTA Schnitzler erklärt, die Gruppe ziehe den ursprünglichen Antrag zurück. Eine Abstimmung darüber sei entbehrlich.



## **Überplanmäßige Aufwendungen im Bereich Impfzentrum**

### Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Den überplanmäßigen Aufwendungen für die nicht erstattungsfähigen Aufwendungen in Jahr 2020 in Höhe von 10.000 Euro und 2021 in Höhe von 188.000 Euro wird zugestimmt.

### Beratungsergebnis:

Einstimmig

### Beratungsgang:

KTA Hausschildt erklärt, es verwundere ihn, dass das Land die Kosten nicht übernehmen wolle. Die Diskussion sei merkwürdig. Nachdem das Land die Landkreise kurzfristig aufgefordert habe, innerhalb kürzester Zeit Impfzentren aufzubauen, erwarte er nun, dass das Land zwischen „Daumen und Zeigefinger“ tätig werde.



**Protokoll zu TOP 9.1**

---

02.07.2021

**Mitteilungen/Anfragen;  
hier: Mittel für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)**

Beratungsgang:

KTA Altmann fragt an, ob der Landkreis gegenüber dem Bund dafür eintreten wolle, dass das BAMF nicht die Mittel für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) kürze. Hintergrund ihrer Anfrage sei der MBE-Aktionstag vom 30. Juni 2021.

Landrat Kohlmeier sagt zu, das Thema aufzugreifen.



**Protokoll zu TOP 10**

---

02.07.2021

**Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde**

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.